

Aussprache und Ergebnis der Versammlung der BI am 15.03.2010
(Nordumfahrung von Passau)

Die BI fordert, dass die Beschlüsse von 1967 des damaligen Kreistages von Passau umgesetzt werden. Lt. Protokoll vom 01.08.1967 (**Einsichtnahme im Landratsamt Passau möglich**) Beschluss des Kreistag Passau unter der Leitung von Landrat Fritz Gerstl, SPD:

„Unter II. Der Kreistag beschließt einstimmig, mit dem Bau der Kreisstraße 40 Niedersatzbach-Kastenreuth entsprechend dem im Kreisausschuß-Beschluß vom 20.07.1967 ist sofort zu beginnen.

Unter III. Planung der Straße Patraching-Salzweg-Thyrnau als späterer Autobahn-zubringer: Hier Übernahme der Planungskosten entsprechend der Empfehlung des Kreisausschusses vom 20.07.1967 beschließt der Kreistag einstimmig: Für die Planung des Autobahnzubringers Patraching-Salzweg-Thyrnau wird für die Nebenkosten der Planung wie Bodenuntersuchung und dgl. ein Betrag von DM 100.000,-- bewilligt.

Für den Landkreis kommt es entscheidend darauf an, dass mit der Fertigstellung der Autobahn Regensburg-Passau der Autobahnzubringer A3 Nord Minihof Thyrnau möglichst zum gleichen Zeitpunkt fertig gestellt wird.“

1972 kam die Gebietsreform. Die Gemeinden Hacklberg, Hals und Grubweg wurden der Stadt Passau zugeschlagen, und vorbei war es mit der Nordumfahrung Passau und dem Autobahnzubringer.

Der nordöstl. Landkreis ist mit 50.000 Einwohnern von der Verkehrsanbindung durch die Gebietsreform im Hinblick auf die wirtschaftlichen und touristischen Verflechtungen benachteiligt. Ein Schaden für die Bürger und den Naturschutz, den die Politik verursacht hat.

Der Kreistagsbeschluss vom Kreistag Passau von 01.08.1967 besteht immer noch. Dieser Beschluss wurde vor der Gebietsreform gemacht, die BI bittet Herrn Landrat Franz Meyer und den Regierungspräsidenten von Niederbayern, Herrn Heinz Grünwald, die Rechtsgültigkeit zu prüfen. Weiters wolle man wissen, ob die damals genehmigten DM 100.000,-- ausgegeben wurden, und wenn ja, wofür.

Die Straußbrücke ist ein innerstädtisches Problem und bringt dem nordöstlichen Landkreis gar nichts. Das hat bereits Landrat Kitzlinger am 20.März 1989 bei einer Aussprache wegen der Nordumfahrung von Passau mit der Obersten Baubehörde und der Regierung von Ndb. gesagt.

Auch Altbürgermeister und Kreisrat Max Binder von Wegscheid sagte, „...die Stadt Passau muss erst im Verkehr ertrinken, bevor die was unternehmen, aber die Planer von der Regierung und obersten Baubehörde retten sie immer wieder. Die Leidtragenden aber sind die Menschen und die Betriebe mit Ihren Mitarbeitern des nordöstlichen Landkreises Passau....“

Am 16.12.2008 war der Vorsitzende der BI, Leonhard Anetseder, zusammen mit MdL Konrad Kobler, einem Kämpfer für die Nordumfahrung, bei Staatsminister Joachim Herrmann in München und überreichten einen Antrag für den Bau selbiger.

Vielen Dank an Staatsminister Joachim Herrmann, der am 02.05.2009 in Hundsdorf die Zusage gemacht hat, die Umfahrung Passau in das Staatsstraßenausbauprogramm aufzunehmen.

Ich habe Ihm am 05.05.2009 und Herr Landrat Franz Meyer am 12.05.09 einen Brief geschrieben und gedankt für seine klare Aussage. Am 29.05.09 bekam Landrat Franz Meyer einen Brief von Staatsminister Herrmann den mir Herr Minister ebenfalls in Kopie zugesandt hat, mit folgendem Inhalt:

„Wie ich bereits bei der erwähnten Veranstaltung in Thyrnau erklärt habe, werde ich das Anliegen der nördlich von Passau gelegenen Kommunen nach einer besseren Anbindung an das Autobahnnetz bestmöglich unterstützen. Die kommende Fortschreibung des Ausbauplans für die Staatstraßen bietet hierzu eine Möglichkeit, zielgerichtete Projekte zu bewerten, die für eine Verbesserung der Verkehrsanbindung dieses Raumes geeignet sind. Ich bitte Dich aber um Verständnis, dass nicht die gesamte Verbindungssache von Wegscheid über die B12 bis zur A3 in die 1. Dringlichkeit des Ausbauplans für die Staatstraßen aufgenommen und zeitnah aus dem Staatstraßenhaushalt finanziert werden kann.

Vielmehr sollten die erheblichen Kosten einer Verbindung von Wegscheid zur Bundesautobahn A3 auf mehrere Baulastträger verteilt werden. Mein Ziel ist es, die Umfahrung von Passau als Bundesfernstraßenprojekt voranzubringen. Die bayerische Straßenbauverwaltung stimmt derzeit mit dem Bund ab, inwieweit eine Aufnahme der Umfahrung von der A3 bis zur B12 in den Bedarfsplan möglich ist. Im Abschnitt zwischen der B12 und Wegscheid kommt neben dem Freistaat Bayern in Teilabschnitten wohl auch der Landkreis Passau als Baulastträger in Frage.“

Die Trasse Wegscheid - Kasberg - Spechting nach Jahrdorf, wie von Bürgermeister Josef Lampersdorfer aus Wegscheid ursprünglich angedacht, wurde bereits wieder verworfen, da ein Aufwand von 50 Mio. Euro nicht dafür stehen.

Es bleibt bei der alten Trasse Wegscheid - B388 bis Ficht vor Untergriesbach, dann ca. einen Kilometer Kreisstraße bis zur Staatstraße Richtung Hauzenberg nach Jahrdorf. **Von Jahrdorf nach Oberdiendorf zur Staatstraße Richtung Thyrnau sollen ca. 2,8 Kilometer Straße neu gebaut werden,** damit der ganze Schwerlastverkehr vom Gewerbegebiet Jahrdorf – Kropfmühle nicht mehr durch die Stadt Hauzenberg fahren muss.

Nachdem Herr Staatsminister in seinem Schreiben darauf hinweist, dass in Teilabschnitten auch der Landkreis Passau als Baulastträger in Frage kommt, da nicht alles zeitnah vom Staatstraßenhaushalt finanziert werden kann, schlägt die BI folgendes vor:

Die 3 Kilometer Straße Jahrdorf – Oberdiendorf soll die Stadt Hauzenberg und der Landkreis mit Zuschüssen aus dem Konjunkturprogramm bauen und dann dem Staat die Straße übergeben.

Als Beispiel seien hier die Straße Rothkreuz – Bahnhof Schaibing im Markt Untergriesbach und Fattendorf – Satzbach in der Gemeinde Thyrnau angeführt, die in beiden Fällen jeweils von den früheren Gemeinden mit 70% Fördermitteln gebaut wurden. Anschließend wurden die Straßen vom Landkreis mit 25% der Kosten übernommen, so dass lediglich 5% der Baukosten bei den Gemeinden verblieben sind.

Die Straße von Niedersatzbach nach Kastenreuth hat der Altlandkreis Passau gebaut und ist jetzt Staatsstraße. Heute ist die Straße von Untergriesbach bis Kastenreuth durchgehend eine Staatsstraße.

Nur so bekommt das Gewerbegebiet Jahrdorf möglichst schnell eine von den Betrieben geforderte Straße. Die Stadt Hauzenberg muss auch selbst einen Beitrag dazu leisten, man kann nicht immer auf den Staat warten. Sollte die Stadt auf den Staat warten bis gebaut wird, hat Jahrdorf in 15 Jahren noch keinen ordentlichen Straßenanschluss und Hauzenberg keine Umfahrung.

Ferner heißt es in dem Schreiben von Herrn Staatsminister: „Mein Ziel ist es, die Umfahrung von Passau als Bundesfernstraßenprojekt voranzubringen. Die bayerische Straßenbauverwaltung stimmt derzeit mit dem Bund ab, inwieweit eine Aufnahme der Umfahrung von der A3 bis zur B12 in den Bedarfsplan möglich ist.“

Auf meine Nachfrage zum Ergebnis bei dem Treffen mit der Bundesstraßenbauverwaltung verweise ich hier auf das Schreiben der Oberstern Baubehörde von Ministerialrat Herr Pirner vom 27.01.2010.

In dem Schreiben heißt es: „...Aus den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung lässt sich aber ableiten, dass in der laufenden Legislaturperiode lediglich die Vorbereitungen für eine Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen getroffen werden. Die eigentliche Fortschreibung soll voraussichtlich in der nächsten Legislaturperiode stattfinden...“

Dieses Schreiben des Ministerialrats sagt aus, dass laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung nicht sicher ist, dass in dieser Legislaturperiode in dem Bundesfernstraßenplan überhaupt was vorangeht.

Aus diesem Grund fordert die BI die 7,5 km Nordumfahrung Kastenreuth – Patraching – A3 in das Staatsstraßenbauprogramm 2010, wie es Staatsminister Joachim Herrmann angekündigt hat, aufzunehmen. Die Machbarkeitsstudie wurde bereits positiv erstellt, somit kann das Planfeststellungsverfahren in Auftrag gegeben werden.

gez.

Leonhard Anetseder

Vorsitzender / Altbürgermeister